

Guido Westerwelle: Zu den Wiesbadener Grundsätzen, 1997

(...)

Die F.D.P. war viel zu lange überwiegend Funktionspartei. Die neue F.D.P. ist eine Reformpartei, die für mehr Freiheit und Verantwortung des einzelnen kämpft. Wir wollen mit unseren eigenen unverwechselbaren Inhalten den dritten Platz im Parteiengefüge zurückerobern. Nur einer anderen Partei zur Mehrheit zu verhelfen, ist zu wenig, als daß es sich dafür zu kämpfen lohnt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn ich von neuer F.D.P. spreche, hat das nichts mit Geschichtslosigkeit zu tun. Wir stehen auf der Basis der bisherigen Programme. Wir setzen sie nicht heute außer Kraft; nein, wir denken sie fort auf die Herausforderung der Neunziger und des nächsten Jahrzehnts. Aber es geht nicht an – und das ist eine der Ursachen, warum die Freie Demokratische Partei oftmals Wahlen verloren hat – daß sie zuerst glaubt, sie müsse sagen, dieser soll etwas werden, der soll etwas werden, diese Stimmen brauchen wir noch, um numerisch eine Mehrheit zu konstruieren. Das Wichtigste für die Freie Demokratische Partei ist es nicht, ob der Kanzler oder der Ministerpräsident oder jener dort Oberbürgermeister wird. Das Wichtigste ist: Wir brauchen liberale Inhalte in den Parlamenten. Und das geht nur mit der F.D.P.

(Beifall)

Wir sind am Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts angelangt. "Der wohlwollende Staat ist die zentrale Instanz sozialdemokratischen Handelns", so schrieb Professor Ralf Dahrendorf schon 1983, und er fragte: "Was, wenn die Hoffnungen der Menschen sich auf einmal vom Staat abwenden, weil er nicht mehr als wohlwollend empfunden, sondern als teurer Versager gesehen wird?" Das ist eine prophetische Fragestellung. In dieser Situation sind wir längst, meine Damen und Herren.

Der Staat erscheint vielen Menschen nicht mehr als wohlwollendes Ideal, sondern als versagender Steuerstaat, Schuldenstaat und Bürokratiestaat. Weil zu viele in der Politik glauben, der Staat könne grundsätzlich die Probleme des Bürgers besser lösen als der Bürger selbst, ist in Deutschland die Bürokratie auf allen staatlichen Ebenen immer weiter gewachsen.

Ich füge an dieser Stelle ausdrücklich hinzu: Es geht heute auch darum, Fehlentwicklungen zu korrigieren, die wir als Freie Demokratische Partei mit zu verantworten haben. Die Portion Mut zur Selbstkritik gehört dazu, sie steht deswegen in dem Programm. Keine Partei ist im Stadium der Unschuld. Aber einfach nur zu sagen: Die anderen waren es, und wir haben von der Entwicklung nie etwas haben wollen – das ist zu einfach. Deswegen muß die Freie Demokratische Partei sagen: Wir sehen in der Politik, in der Demokratie auch die Fähigkeit zum Irrtum. Nur undemokratische Parteien erheben den Anspruch, unfehlbar zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich meine, es muß erlaubt sein, auch einmal auf die immer weiter ausufernde Staatstätigkeit hinzuweisen. Es war in den letzten Jahrzehnten nicht gerade so, als hätte es eine Freie Demokratische Partei gegeben, die immer nach mehr Staat gerufen hätte, und die anderen hätten weniger Staat verlangt. Ich sage Ihnen dazu: Es ist vielen Bürgerinnen und Bürgern längst aufgefallen, wir sind nicht auf der Suche nach der absoluten Mehrheit – zur Zeit. Wir arbeiten daran.

Aber, meine Damen und Herren, es muß erlaubt sein festzuhalten: Wir reden nicht über eine bestimmte parteipolitische Konstellation, sondern wir reden über eine gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklung, die immer mehr die Freiheiten und die Rechte beim einzelnen Bürger und immer mehr die Pflichten und die Verantwortung beim Staat angesiedelt hat. Das mußte zur Überforderung des Staates führen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung)

Der Ausgabenzuwachs ist das Symptom des Aufgabenzuwachses. Inzwischen steht fast jeder siebte Erwerbstätige auf der Lohn- und Gehaltsliste des öffentlichen Dienstes. Wir stehen vor den Scherben der Verbeamtung der Gesellschaft und der Verstaatlichung der Politik. Ursache für beides ist die Verstaatlichung des Denkens im dafür ohnehin anfälligen Deutschland.

(Zustimmung)

Sprache spricht Bände. Sprichwörter, Redewendungen oder Sprachbilder zeichnen gelegentlich ein scharfes Bild der Einstellungen der sie gebrauchenden Gesellschaft.

In Deutschland ist das Bild vom Vater Staat eine stehende Redewendung. Der Staat als Vater ist im besten Falle treusorgend, großzügig und gerecht, aber letztlich immer auch autoritär in seiner Verantwortung für die Bürger, denen in diesem Bild die Rolle des unmündigen Kindes zukommen soll. Und das Kind hat einen Namen. In Deutschland heißt es "Michel".

Der deutsche Michel wird ruhig und unmündig, mindestens aber ziemlich naiv mit einer Zipfelmütze dargestellt, die ihm gelegentlich über die müden Augen rutscht. Vater Staat dagegen findet in den Karikaturen seine bildliche Darstellung gerne als grimmiger Adler. Hinter diesem Bild steckt die ganze Misere unseres politischen Selbstverständnisses. Das Verhältnis zum Staat entblößt sich so als ein zutiefst unselbständiges, als ein Micheltum. "Vater Staat wird es schon richten" ist Ausdruck eines überkommenen Staats- und Bürgerbegriffes, wie er in den Köpfen vieler sowohl in der Politik als auch unter den Bürgern verwurzelt ist. Der einzelne ordnet sich dem Staat als einem über höhere Einsicht verfügenden Wesen unter und darf im Gegenzug erwarten, daß er mit seinen Bedürfnissen und Wünschen in keiner Lebenslage alleingelassen wird.

Die Redewendung "Vater Staat" ist ein semantisches Virus im Selbstverständnis unserer Gesellschaft.

(Zustimmung)

Die liberale Bürgergesellschaft besteht nicht aus deutschen Micheln, sondern aus freien Bürgern. Die liberale Gesellschaft will selbstbewußte Staatsbürger, nicht abhängige Staatskunden. Sie stellt die Eigenverantwortung vor die Verantwortung des Staates. In der liberalen Bürgergesellschaft sollen die Bürger das, was sie in Eigenverantwortung entscheiden können, auch entscheiden dürfen. Sie regeln ihre Angelegenheiten in Freiheit und Verantwortung zunächst selbst oder durch den freiwilligen Zusammenschluß mit anderen Bürgern.

Erst wo die Handlungsfähigkeit von Bürgern und ihre Zusammenschlüsse nicht ausreichen, beginnt die Verantwortlichkeit des Staates. Bürger zu sein, heißt zuallererst, über das eigene Geschick zu bestimmen. Wir wollen mehr Freiheit für mehr Menschen und wissen, daß wir deshalb mehr Verantwortung des einzelnen für sich selbst und seinen nächsten abverlangen, meine Damen und Herren.

Freiheit und Verantwortung sind untrennbar miteinander verbunden. Liberale wollen Freiheit zur Verantwortung anstatt Freiheit von Verantwortung. Verantwortung ist für uns nicht zuerst Last, sondern Selbstbestimmung und Erfüllung durch Solidarität. Verantwortung ist das gute Gefühl, sein Leben stärker zu gestalten. Verantwortung heißt für uns, Nächstenliebe nicht als staatliche Dienstleistung allein zu begreifen. Bürger zu sein, kann das Lebensgefühl des nächsten Jahrhunderts werden, meine Damen und Herren.

(...)

Quelle: Archiv des Liberalismus, Gummersbach